

18. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas

Friedrich Schütz

Vom 8. bis zum 14. November tagte in der „Großen Halle des Volkes“ in Peking der 18. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh). Die 2270 Delegierten der mit etwa 80 Millionen Mitgliedern weltweit größten Partei berieten über die weitere Entwicklung der Volksrepublik und wählten die neue, die 5. Führungsgeneration seit deren Gründung im Jahre 1949. Besonders die Zeitung „neues deutschland“ hat in ihren Ausgaben vom 8. und 16. November ausführlich über diesen Kongreß berichtet. Hierauf beruhen die folgenden Ausführungen.

Hu Jintao, Generalsekretär der Partei und Staatspräsident, konnte in seiner Eröffnungsrede auf eine positive Entwicklung des Landes in den letzten drei Jahrzehnten verweisen. So ist China aus einem rückständigen Agrarland zu einem modernen Industrieland geworden. Das Bruttoinlandsprodukt hat sich vervierfacht, und etwa 200 Millionen Menschen wurden aus der Armut befreit. Chinas Einfluß auf die Weltpolitik hat bedeutend zugenommen.

Der Redner ging umfassend auf die innenpolitischen Probleme des Landes ein. So wird die Wirtschaft nach 30 Jahren mit Wachstumsraten von über 10 Prozent in diesem Jahr erstmals mit einem Zuwachs von nur etwa 8

Prozent rechnen müssen, was bedeutende Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation im Lande hat.



Xi Jinping (Quelle: China daily mail)

Es müsse ein „neues Wirtschaftsmodell“ eingeführt werden, das in starkem Maße auf die Entwicklung der Binnenmarktentwicklung orientiert ist. Es müsse, so Hu Jintao, ökologischer und sozialer gewirtschaftet werden. Ohne direkt darauf einzugehen, wie es erreicht werden kann, versprach er eine Verdopplung der Einkommen bis 2020. Das Ziel sei eine „Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“. Was die dazu im einzelnen erforderlichen Reformen beinhalten sollen, muß nach seiner Ansicht Angelegenheit der neuen Führung sein.

Ausführlich befaßte sich der Redner mit den Fragen der Korruption, deren Bekämpfung er als „wichtigstes Anliegen der nächsten Zeit“ bezeichnete. Das bekannteste Beispiel war hierfür in den letzten Monaten das

des Spitzenpolitikers Bo Xilai. Sie ist aber auf allen Ebenen und in allen Bereichen anzutreffen. Eine Vernachlässigung des Kampfes gegen sie „könne zum Zusammenbruch von Partei und Staat führen.“

Zur politischen Entwicklung Chinas erklärte Hu: Das Land werde sich noch längere Zeit im Anfangsstadium des Sozialismus befinden. Bis zum 100. Jahrestag der Volksrepublik im Jahre 2049 werde es jedoch gelingen, „einen reichen, starken, demokratischen, zivilisierten und harmonisch modernisierten sozialistischen Staat“ zu schaffen. China wird „niemals ein westliches politisches System kopieren.“

Die Delegierten wählten den 59 Jahre alten Xi Jinping zum Generalsekretär der Partei. Der Chemieingenieur und promovierte Rechtswissenschaftler, der bereits dem Ständigen Ausschuß des Politbüros angehörte, wird im Frühjahr 2013 durch den Nationalen Volkskongreß, dem chinesischen Parlament, auch als Präsident der Volksrepublik gewählt. Die Delegierten wählten ferner das aus 200 Mitgliedern und 160 Kandidaten bestehende Zentralkomitee, das höchste Organ zwischen den Parteitag.

Dieses führte am 15. November seine 1. Tagung durch und wählte das aus 25 Personen, darunter nur 2 Frauen, bestehende Politbüro. Xi Jinping und 6 weitere Politbüromitglieder, darunter auch der künftige Ministerpräsident, bilden dessen Ständigen Ausschuß. Dieser ist das eigentliche Machtzentrum der Partei und damit auch des politischen Systems in China.

Aus dem Inhalt

Das Thema:

Internationale Politik

- | | |
|--|---|
| Seite 1- 3 | • Jan Korte und Rosemarie Hein -
Direktkandidaten für den Bundestag
Seite 7-8 |
| • 3. Landesparteitag
Seite 4 | • Stadtrat Bernburg- eine Bilanz
Seite 9 |
| • Konzept für Mitgliedergewinnung
Seite 5 | • Stadträte Güsten und Staßfurt
Seite 10 |
| • 5. Bildungstag der LINKEN
Seite 6 | • Pogromnacht 1938
Seite 11 |

Abwege statt Auswege

Zur aktuellen Situation in und um Syrien

André Brie

In den öffentlichen, politischen und medialen Begeisterungen über den „arabischen Frühling“ und die „Revolutionen“ scheint nicht mehr viel übriggeblieben zu sein.

Der neue Präsident Ägyptens wird inzwischen gern als neuer Pharao bezeichnet. Auch in Tunesien und Libyen sind Ernüchterungen gewichen. Syrien ist ohnehin zum neuen Schwerpunkt der westlichen Hoffnungen geworden, obwohl auch in diesem Fall jeder Realismus Nüchternheit und erst recht Befürchtungen erzwingen ließen.

Insbesondere Großbritannien und Frankreich scheinen an ihrem Libyen-Krieg Gefallen gefunden zu haben und möchten ihn in ihrem früheren „Mandats“-Gebiet erneuern. Die westlich-machtpolitisch bestimmte Bildung des Staates Syrien nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches durch und nach dem ersten Weltkrieg war maßgeblich ihr Werk. Welche Konsequenzen es damals, später in den anhaltenden israelisch-arabischen Konflikten und heute hatte, werden von ihnen und dem gesamten Westen ignoriert, obwohl es zu den wenigen positiven Ergebnissen der Politik des syrischen Regimes gehört, dass das Land zumindest in den vergangenen Jahren trotz großer innerer ethnischer und religiöser Unterschiede eine gewisse Stabilität aufwies und auch international trotz der schwierigen Verhältnisse insbesondere mit Israel, Libanon und dem Irak eher eine stabilisierende Rolle gespielt hat. Dazu gehörte aber auch die makabre Rolle der syrischen Folter-Gefängnisse für die US-amerikanischen Geheimdienste in deren „Anti-Terrorismus-Krieg“, Sympathie für das seit mehr als vier Jahrzehnten herrschende Assad-Regime und die Baath-Partei sowie Solidarität mit ihnen sind nicht angebracht und nicht möglich. Das trifft nach meiner Meinung jedoch im gleichen Maße auf die sogenannten und vom Westen

hohofierten Rebellen zu. Es ist bezeichnend, dass selbst ihre nicht seltenen Selbstmordattentate gegen die Regierungstruppen in unseren Medien als militärische Erfolge gefeiert werden, obwohl gerade diese Mordkultur sonst charakteristisch ist für islamistische Terrorgruppen und kennzeichnend dafür sein dürfte, was Syrien und die internationale Gemeinschaft durch ihren Sieg zu erwarten hätten. Auch wenn die russische und chinesische Zurückhaltung hilflos wirkt, zeigt sich in ihr weitaus größerer Realismus, Vorsicht ohnehin, als in der westeuropäischen, US-amerikanischen und türkischen Politik gegenüber Syrien.



Syrien und angrenzende Länder

Was die von der Türkei beantragte Stationierung von Patriot-Raketen in der Türkei für einen Aufstands- oder gar westlichen Erfolg nutzen soll, erschließt sich mir völlig.

Letzten Endes kann sie den britisch-französischen, westlichen, auch deutschen Kriegseintritt mit allen ihren unkalkulierbaren Folgen beschleunigen. Die „Patriot“(en) werden sich so in erster Linie als ein weiterer Schritt der Internationalisierung des Krieges erweisen. Die türkische Regierung wird vor allem die militärische Auseinandersetzung islamistischer syrischer Milizen, die zu den oppositionellen „Rebellen“ gehören, gegen die kurdische Bevölkerung in Syrien, mit Zustimmung sehen, um ihren eigenen Konflikt mit Kurden und Kurden in der Türkei selbst an den Rand zu drücken. Insbesonde-

re in syrischen Grenzgebieten, die von starker oder sogar überwiegender kurdischer Bevölkerung bewohnt sind, hat Ankara inzwischen ihre Streitkräfte zu „Reaktionen“ autorisiert. In Syrien wurden die Kurden längere Zeit ähnlich aggressiv unterdrückt und bekämpft wie in der Türkei.

Auch nach der Beendigung der scharfen Angriffe wurden und werden ihnen nicht wenige politische und Eigentumsrechte vorbehalten. Dennoch werden sie gegenwärtig nicht nur von der türkischen Führung und den oppositionellen syrischen Aufständischen mit Argwohn als regierungsorientierte Kräfte gesehen. Die Frage des Kurdistan National Council auf einen der Rebellenangriffe mit zahlreichen Toten „Wen wollen sie hier befreien?“, wird ebenso wie die Fragen und die Verzweiflung der anderen syrischen Bevölkerungsgruppen, weder von der Regierung, noch der „Opposition“, der Türkei oder dem Westen beantwortet werden.

So ahnungslos und unfähig zur Differenzierung wird gegenwärtig (Anti-)Syrienpolitik im gesamten Westen konzipiert. Leidtragende, Getötete, Verletzte der militärischen und terroristischen Angriffe durch Regierungsarmee, oppositionelle Milizen und Deserteure sind die Menschen in Syrien.

Eins nur scheint mir sicher: Jeder militärischer Einsatz der „internationalen Gemeinschaft“ würde neues Unglück für Syrien, aber auch für die internationalen und regionalen Beziehungen bringen. Wenn es überhaupt eine Lösung geben könnte, dann nur durch einen intensiven Versuch, die kämpfenden Seiten zur Zusammenarbeit, zum Waffenstillstand und zur Entmilitarisierung zu veranlassen.

Doch daran scheinen die westlichen Akteure gegenwärtig kein Interesse zu haben.

Dr.sc. André Brie ist Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern

Präsidentenwahl in den USA – Große Herausforderungen liegen vor uns

Stefan Liebich

Am 6. November 2012 haben die Menschen in den Vereinigten Staaten ihren Präsidenten, Barack Obama, wiedergewählt. Und wir sehen, die politische Landschaft in den USA ist tief gespalten. Auf der einen Seite sehen wir Volksabstimmungen in Staaten wie Maryland und Maine, die Cannabis legalisieren. Andererseits: ein US-Senator, beruhigender Weise nicht wiedergewählt, findet, dass auch eine vergewaltigte Frau das Geschenk des Lebens anerkennen und nicht abtreiben sollte. Absurd, finde ich.

Es wird ein Präsident wiedergewählt, der auf der einen Seite einem Großteil der Menschen in den Vereinigten Staaten von Amerika eine Krankenversicherung gebracht hat und dafür als Sozialist beschimpft wurde, der aber auf der anderen Seite Tötungslisten führt, ein Lager wie Guantanamo billigt und mit Drohnenangriffen in souveränen Staaten – ich nenne nur Pakistan – internationales Recht bricht.

Ich will nicht verhehlen, dass ich über die Wiederwahl Obamas froh bin, da er wohl die bessere Alternative im Angebot war. Ein Kandidat, dem 47% der eigenen Bevölkerung egal sind – Mitt Romney hat sich so geäußert – und der auch außenpolitisch eher noch im Kalten Krieg lebt, wenn er Russland als außenpolitische Bedrohung wahrnimmt, ist aus meiner Sicht die schlechtere Wahl.

Der 16. Präsident der Vereinigten Staaten, Abraham Lincoln, fasste es 1862 in die Worte: „Die Dogmen aus einer ruhigen Vergangenheit sind unangemessen für die stürmische Gegenwart. Die Gelegenheit hat sich aufgetürmt mit Schwierigkeiten, und wir müssen wachsen – mit der sich auftürmenden Gelegenheit. Gerade so neu, wie die Umstände sind, müssen wir neu denken und neu handeln.“ Und die Welt hat sich dramatisch verändert seit dem Ende des Kalten Krieges. Klimawandel, internationaler Terrorismus



Barack Obama, der Präsident der USA und Globalisierung sind nur drei Stichworte für neue Herausforderungen.

Die Antworten, die wir diesseits und jenseits des Atlantik sehen, sind vielfach die alten. Militär gegen Bedrohungen und zur Ressourcensicherung, Abbau sozialer Sicherung und Übergabe der regulativen Gewalt des Staates an die Märkte und Banken. Die Ergebnisse dieser Politik sind zu besichtigen.

Dabei ist die Erkenntnis, dass Banken unsere Demokratie bedrohen nicht neu. Der Autor der Unabhängigkeitserklärung, Thomas Jefferson, formulierte bereits 1802: „Ich bin davon überzeugt, dass die Bankinstitute eine größere Bedrohung für unsere freiheitliche Ordnung darstellen als stehende Armeen...“

Die Militarisierung der Außenpolitik hat die USA in eine Reihe von Kriegen verwickelt, so dass Obama von einer Dekade des Krieges sprach, die zu Ende geht. Raketenabwehrschirm und NATO-Einsätze außerhalb des Völkerrechts – wie gegen Jugoslawien – sind keine Antworten.

Präsident Obama sprach in seiner Siegesrede in Chicago von den Werten, die ein Land so voller Unterschiede zusammenhalten, von Verantwortung untereinander und künftigen Generationen gegenüber – ich würde Solidarität sagen – von Freiheit und Respekt. und die Vereinigten Staaten eine neue Partnerschaft für das 21. Jahrhundert begründen, die

1. den Frieden in der Welt fördert, indem sie gemeinsam mutige Abrüstungsschritte unternimmt. Der Abzug

der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa könnte dabei ein erster Schritt sein.

2. Armut weltweit bekämpft, indem sie Banken und die Finanzmärkte mutig reguliert. Eine globale Finanztransaktionssteuer könnte dafür ein erster Schritt sein.

3. neue Mechanismen gemeinsamer Sicherheit weltweit begründet. Eine Stärkung der OSZE, anstelle der permanenten Ausweitung der NATO könnte dafür ein erster Schritt sein.

4. Respekt und Achtung der Unterschiedlichkeit einfordert und gemeinsam im Nahen Osten eine Initiative ergreift, endlich zu einer Zwei-Staaten-Lösung zu kommen, die von Israelis und Palästinensern akzeptiert wird. Die Aufnahme Palästinas als Vollmitglied der Vereinten Nationen könnte dafür ein erster Schritt sein.

5. gemeinsam für die Achtung der Menschenrechte weltweit eintritt und deshalb eine Initiative ergreift Waffenexporte zu ächten. Die Aussetzung von Waffenlieferungen in Krisengebiete und die die Aussetzung der Lieferung an Länder, die in Konflikte involviert sind, könnte dazu ein erster Schritt sein.

6. Freiheit und Gerechtigkeit weltweit fördert, indem die internationalen Wirtschaftsbeziehungen so gestaltet werden, dass wirtschaftlicher Aufschwung denen zugute kommt, die ihn erarbeiten – übrigens auch ein Gedanke Abraham Lincolns – und damit eine nachhaltige Entwicklung in Asien, Lateinamerika und Afrika zu fördern. Die Aussetzung der Patentregelungen für Generika-Produktion lebenswichtiger Medikamente, zum Beispiel gegen HIV, könnte dafür ein erster Schritt sein.

Die Lösungen liegen vor uns, wenn wir es nur schaffen, uns endlich von den Dogmen der Vergangenheit zu lösen.

Stefan Liebich ist Mitglied des Deutschen Bundestages

Demokratie lebt vom Widerspruch

Zur 3. Tagung des 3. Landessparteitages
Friedrich Schütz

Der Landesverband Sachsen-Anhalt der LINKEN führte am 17. November in Halle-Peißen die 3. Tagung des 3. Landessparteitages durch. Zu Beginn begrüßte Swen Knöchel, Vorsitzender des Stadtverbandes Halle, in einer kurzen Ansprache die Delegierten und Gäste und eröffnete den Parteitag. Als Vertreter des Parteivorstandes nahm der Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn an den Beratungen teil.

Nach der Konstituierung des Parteitages sprach die Landesvorsitzende Birke Bull über die Vorbereitung des Landesverbandes auf die Bundestagswahl 2013. Dabei ging sie auf wesentliche Inhalte des Leitantes „Solidarität und Demokratie – für eine starke LINKE im nächsten Bundestag“ ein. Aus ihren vielseitigen, eindrucksvollen und mit viel Beifall begleiteten Darlegungen können hier aber nur einige Schwerpunkte herausgestellt werden. Mit ihren einleitenden Sätzen „Demokratie lebt vom Widerspruch, Demokratie braucht den Widerspruch.“ würdigte sie jedoch zunächst die Aktion der Beschäftigten von S-Direkt, die 16 Wochen mit Erfolg für einen „halbwegs angemessenen Tarifvertrag“ gestreikt hatten. Ein solcher Widerstand, so die Vorsitzende, wäre an vielen Stellen angebracht. Ganz besonders erforderlich aber ist er für eine linke Oppositionspartei im Bundestag.

Die Rednerin setzte sich dann mit den völlig ungleichen, ungerechten und ständig weiter divergierenden Einkommens- und Vermögensverhältnissen auseinander und forderte einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro sowie die Einführung einer Vermögensteuer. Gegenstand des nächsten Schwerpunkts war der sozial-ökologische Umbau, der „alle Menschen mitnehmen“ muß. Und weiter: „Der Energiewandel muß von links gestaltet werden.“ Ausführlich befaßte sich Birke Bull mit unserem Leben in einer digitalen Gesellschaft. Dabei hob

sie ausdrücklich hervor und begründete, daß eine digitale Spaltung der Gesellschaft Ausgrenzung bedeutet. So muß DIE LINKE daran mitarbeiten, daß für alle Menschen Zugangsmög-



3.Tagung des 3. Landessparteitages
lichkeiten geschaffen werden.

Sehr entschieden wandte sie sich gegen die militärische Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide. „Wir brauchen keine solche Übungsstädte – nirgendwo.“ In diesem Zusammenhang setzte sie sich für ein Ende aller Kampfeinsätze und für ein Verbot der Rüstungsexporte ein. Als letzter Punkt aus der Rede der Landesvorsitzenden soll erwähnt werden: Die beiden Regierungsparteien haben im Landtag ein „Gemeinschaftsschulverhinderungsgesetz“ beschlossen. Mit ihm, so die Rednerin, wird „die Idee des längeren gemeinsamen Lernens komplett ruiniert und der Lächerlichkeit preisgegeben.“

Zur Bundestagswahl und zum Wahlkampf heißt es in der Rede: „Bundestagswahlen gewinnt man eher nicht im Parlament und seinen Ausschüssen, sondern bei den Leuten, am Info-Stand, in öffentlichen Diskussionen, mit witzigen und originellen Aktionen ... mit Angeboten, die überzeugen... und die die Menschen nicht nur für nötig, sondern auch für machbar halten. ... Wir brauchen eine starke Fraktion DIE LINKE im nächsten Bundestag.“ In der anschließenden Diskussion

sprachen 20 Delegierte und Gäste. Hier können nur Auszüge aus zwei Beiträgen angeführt werden. Die Bundestagsabgeordnete Rosemarie Hein machte den Vorschlag, sich im Wahl-

(Foto: privat)

kampf auf sechs inhaltliche Schwerpunkte zu konzentrieren: Arbeit, Bildung, Demokratie– Gesundheit, Rente, Wohnen. Gunter Schneider, Kreisvorsitzender im Burgenlandkreis, sprach über die Rolle der LINKEN als Kümmererpartei.

Matthias Höhn ging davon aus, daß die nächste Wahl, die Landtagswahl in Niedersachsen, uns alle angehen muß und die Unterstützung durch möglichst viele Mitglieder benötigt. Zu der Aktion „Das beste Wahlprogramm aller Parteien“ rief er auf, sich aktiv an dessen Erarbeitung zu beteiligen und über dessen Inhalt ins Gespräch zu kommen. Es ist das Ziel unserer Partei, mit dieser Wahl einen Politikwechsel zu erreichen. Deshalb muß Schwarz-Gelb abgelöst werden.

Der Landessparteitag faßte mit großer Mehrheit, zum Teil sogar einstimmig folgende Beschlüsse:

1. den vom Landesvorstand eingebrachten Leitantes
2. 16 Veränderungen in der Landessatzung, die sich zum größten Teil aus Veränderungen in der Bundessatzung ergeben
3. das Konzept für die künftige Mitglieder- und Personalentwicklung.

Zum Konzept des Landesverbandes für eine künftige Mitgliederentwicklung

Friedrich Schütz

Wie im Bericht über den Landesparteitag erwähnt wurde, beschloß dieser ein Konzept für die künftige Mitglieder- und Personalentwicklung, also über die Weiterentwicklung einer wichtigen Seite des Innenlebens unseres Landesverbandes. Aus dem umfangreichen, in acht Abschnitte gegliederten Dokument, das meines Erachtens schon längst fällig war, sollen im folgenden einige Informationen und Meinungen zu folgenden Schwerpunkten dargestellt werden: 1. Gewinnung von Mitgliedern und deren Einbeziehung in die Parteiarbeit, 2. Politische Bildung und 3. Personalentwicklung und Kommunalwahlen.

Zunächst aber soll auf einige Feststellungen aus dem 1. Abschnitt des Konzepts hingewiesen werden, der mit „Rahmenbedingungen und Herausforderungen“ überschrieben ist. „DIE LINKE im Osten steht vor einem umfassenden Generationenaustausch. Die Partei verändert sich. Dieser Wandel vollzieht sich auch in der Wählerschaft... Eine neue Generation hat keinen direkten Bezug mehr zur DDR“. Und weiter: „Der Partei DIE LINKE droht die Zuschreibung, Alternative im Politikbetrieb zu sein, an die PIRATEN zu verlieren“. Deshalb muß die Partei „die Mutigen und die kritischen Geister ebenso wie die Ohnmächtigen“ erreichen. Sie muß der soziale Ort sein, in dem sich die Menschen gestärkt fühlen sowie solidarisch miteinander umgehen.

Die Mitgliederstruktur unseres Landesverbandes ist zum einen durch den hohen Altersdurchschnitt charakterisiert. Besonders der Anteil junger Menschen unter 35 Jahren ist viel zu gering. Und zum anderen kann der Frauenanteil von etwa 44% an der Mitgliederzahl im Landesverband keineswegs genügen. Immer wieder gibt es Fälle, wo die Quotierung nicht eingehalten werden kann. Dazu kommt, daß die Mitgliederentwicklung, bedingt durch Todesfälle, Austritte und Streichungen wegen be-

trächtlicher Beitragsrückstände, rückläufig ist. In vielen größeren Orten, darunter in der Stadt Alsleben, hat DIE LINKE kein Mitglied mehr.

Es reicht nicht aus, wenn die Vorstände lediglich auf Neueintritte warten bzw. Veränderungen feststellen. In der Konzeption werden mehrere Formen angeführt, die beachtet werden sollten, so z.B. Eintrittsformulare an den Infoständen, interessante und vielseitige öffentliche Veranstaltungen qualitativ noch bessere Gestaltung der für die Öffentlichkeit bestimmten Materialien. Für äußerst wichtig halte ich den hierzu auf zentraler und Landesebene möglichen Erfahrungsaustausch.

Es geht aber nicht nur um die Gewinnung neuer Mitglieder und eventuell noch um deren Teilnahme an einem Seminar für Neumitglieder, sondern es geht um deren aktive Einbeziehung in das Parteileben. Das halte ich zum einen deshalb für erforderlich, weil ja jede/r bestrebt sein sollte, seinen persönlichen Beitrag zur Parteiarbeit zu leisten, zum anderen aber auch deshalb, weil ein nicht geringer Teil der Funktionäre aus Altersgründen ausscheiden wird. Ich begrüße im Rahmen der verstärkten Einbeziehung der Mitglieder auch die im Konzept vorgesehene Maßnahme, „verstärkt vom Delegiertenprinzip zum Mitgliederprinzip“ zu wechseln. Und schließlich sollte auch gegenüber den ehrenamtlich tätigen Mitgliedern mit Lob und Dank nicht gespart werden.

Zur politischen Bildung heißt es im Konzept, daß sie „eines der wesentlichen Anliegen linker Politik ist, von sich selbstbestimmt und selbstreflexiv um den Herrschaftsverhältnissen innerhalb der Gesellschaft emanzipieren zu können“. Völlig richtig wird darauf hingewiesen, daß Bildungsveranstaltungen auch durch weitere Interessierte genutzt werden sollen. Bildungsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit sind aber zwei eigenständige Formen der Parteiarbeit. Sie unterschei-

den sich durch ihre Ziele, Inhalte und Formen. Je gebildeter ein Mitglied ist, also je umfassender sein/ihr Wissen und Können und je gefestigter die politischen Überzeugungen sind, desto erfolgreicher kann es in der Öffentlichkeit sein.

Die im Konzept festgelegten Maßnahmen zur Weiterentwicklung der politischen Bildung reichen nicht aus. Ich habe deshalb der Landesvorsitzenden vorgeschlagen, hierzu einen gesonderten Beschluß zu fassen. So sollte es in jedem Kreisverband einen Bildungsverantwortlichen geben. Wie bereits in 10 der 16 Landesverbände geschehen, sollte eine Kommission für dieses Arbeitsgebiet berufen werden. Neben den Vortragsveranstaltungen muß der Durchführung von Seminaren eine größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Hierzu wurden durch die beim Parteivorstand tätige Kommission interessante Konzepte erarbeitet. Und schließlich sollten die zentralen Bildungstage und die Frühlingsakademie umfassender genutzt werden.

2014 finden in Sachsen- Anhalt Kommunalwahlen statt. Viele der jetzigen Mitglieder der örtlichen Volksvertretungen werden aus Alters- oder Gesundheitsgründen nicht wieder kandidieren. So gilt es für die zuständigen Vorstände und Wahlbüros, rechtzeitig geeignete und interessierte Bewerber/innen zu finden und diese gründlich auf ihre Tätigkeit vorzubereiten. Im Konzept wird auf folgende wichtige Fragen aufmerksam gemacht: „Wie können wir neue Mitglieder einbeziehen? Wo gibt es weiße Flecken, wo können wir uns wieder kommunalpolitisch verankern, wo wir in den letzten Jahren nicht präsent waren, wo hatten wir überdurchschnittliche Wahlergebnisse, aber womöglich keine Mitglieder?“. Zur Finanzierung der Wahlkämpfe, und das halte ich für besonders wichtig, wird die Zahlung von Mandatsträgerbeiträgen in der vorgesehenen Höhe gefordert.

Politische Bildung zwischen Beliebigkeit und Dogmatismus

Eindrücke vom 5. Bildungstag der LINKEN

Siegfried Mahlfeld

Ohne theoretisches Grundwissen ist gerade heutzutage politische Arbeit nicht möglich. Um so wichtiger ist für Funktionäre, Mandatsträger und Mitglieder der LINKEN eine ständige systematische und organisierte Bildungsarbeit. Deshalb beschäftigte sich der diesjährige Bildungstag am 24. November 2012 in Leipzig, das Treffen der Aktiven der innerparteilichen Bildungsarbeit, mit dem linken Bildungsverständnis. Das Treffen sollte dabei zwei Aufgaben leisten. Zum einen eine Bestandsaufnahme der emanzipatorischen Bildungsarbeit von 1968 bis heute in der DDR und der BRD. Dabei sollten zentrale Begriffe linker Bildungsarbeit auf die Bildungsarbeit der LINKEN anwendbar gemacht werden. Im zweiten Teil wurde der Frage nachgegangen, ob ein linker Inhalt nicht auch einer linken Form bedarf.

Während der einführenden Podiumsdiskussion wurden folgende Schwerpunkte und Thesen erarbeitet:

- Anfang der 90er Jahre wurde politische Bildung etwas vernachlässigt
- Medien bestimmen den Mainstream des Denkens, DIE LINKE muss in den Diskurs mit ihren Wertvorstellungen eingreifen
- Beliebigkeit hört auf, wo es um die Vermittlung von Werten geht
- Es gibt keine bildungsfernen Schichten – sie werden gemacht
- die Menschen sind emotional antikapitalistisch eingestellt
- Man kann rational nur etwas behalten, wenn Gefühle angesprochen werden

Die anschließend gebildeten Arbeitsgruppen beschäftigten sich dann mit der Notwendigkeit, den Inhalten und möglichen Formen und Methoden linker Bildungsarbeit. Die Teilnehmer stellten fest, dass beim Qualifizierungsbedarf nach Ost und West unterschieden werden muss. Im Westen ist er sehr hoch und bedarf sowohl politisches wie theoretisches Wissen als auch methodische Kenntnisse und organisatorische Fähigkeiten. Im Osten haben wir in einigen

Bereichen inzwischen eine ähnliche Situation, da hier momentan ein Generationswechsel stattfindet. Bei älteren Genossen kann dort aber in der Regel ein hohes politisches Wissen vorausgesetzt werden. Allerdings sind sie, aufgrund ihres Alters, nicht mehr so stark in die praktische Arbeit einbezogen. Zudem erreichen sie mit ihren Angeboten der Bildungsarbeit oftmals nur eine bestimmte Klientel, die Thematik ist vielfach auf Geschichtsfragen und marxistische Theorie beschränkt. Ein weiteres Problem wäre, dass die Basisorganisationen überaltert sind, der Nachwuchs fehlt, sich Jugendliche aber kaum für Politik und schon gar nicht für politische Bildung interessieren. Sie lässt sich nun einmal nicht mittels Handy oder i-Phon vermitteln.

Auch die vielfach aus der Wirtschaft übernommenen Bildungsmethoden stoßen oft auf Ablehnung. Stuhlkreise, Workshops, Teamcoaching, Flipcharts sind nicht die Allheilmittel. Ebenso die Inflation an unnötigen Anglizismen, die ältere Genossen nicht verstehen. Von vielen anwesenden Genossen aus alten und neuen Bundesländern wurde die bewährte Methode der Frontalarbeit (mit gelegentlichen Elementen der Gruppenarbeit) als die besser greifende bewährte Methode angesehen und eingefordert!

Oft scheitert es sogar noch an selbst auferlegten Dogmen wie der Frauenquote, die sicherlich sinnvoll ist, wo sie hingehört. Wenn sie aber selbst bei den zu dieser Veranstaltung spontan gebildeten Arbeitsgruppen eingehalten werden sollte, stellt sich die Frage nach dem Sinn!

Von verschiedenen Anwesenden gewünscht wurden bundesweit gemeinsame Bildungsmaterialien. Grundsätzlich sei jedes Material in Bezug auf Einbeziehung und eigene Lernaktivität der GenossInnen weit höher einzuschätzen als die weit verbreiteten Vortragsabende. Der Aktivitätsgrad beim Lernen mit Bildungsmaterialien ist immer höher als beim passiven Zuhören oder Fragen

stellen. Dazu gehört das vorherige Lesen und die vielfältige Diskussion beim Zusammentreffen, wobei das in kleinen Gruppen geschehen kann.

Erinnert das an das Parteilehrjahr? Ja, aber nicht Parteilehrjahr an sich war schlecht, nicht das gemeinsame Lernen und Diskutieren, sondern der Teil der Inhalte, der allein zur Rechtfertigung des Bestehenden diente. Die meisten anderen Inhalte brachten wertvolles Wissen über die politischen Zusammenhänge und ermöglichten das Verstehen von Entwicklungen auf der ganzen Welt, die nun einmal nötig sind, um die Gesellschaft in unserem linken Sinne zu verändern.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Unverzichtbar für unsere Partei ist eine praktikable, systematisch organisierte Bildungsarbeit in allen Bundesländern und allen Ebenen, vom einfachen Mitglied bis zum Funktions- bzw. Mandatsträger. Sicheres Argumentieren und Diskutieren setzt fundiertes theoretisches Grundwissen und Diskussionskultur voraus, die nur durch ständige Lernprozesse erworben werden können.

Deshalb sollte unsere Bildungsarbeit vielfältig sein und geprägt von Professionalität, Subjektorientierung, Stärkung des Individuums, Parteilichkeit und solidarischem Lernen und Handeln. Ganz im Sinne von Bertold Brecht, der einmal sagte „Es geht nicht nur um das Erkennen der Welt, sondern auch um den Genuss daran!“, müssen dabei die Methoden so angelegt werden, dass sie eine gute Mischung aus Bewährtem und Neuem darstellen, um auch die Jugend zu begeistern. Der Schulung der Moderatoren kommt somit eine große Bedeutung zu.

In dem Maße, wie es uns in der kommenden Zeit gelingt, politische Bildung (massen)wirksam zu vermitteln, wird der Einfluss unserer linken Partei in der kapitalistischen Gesellschaft sein.

Siegfried Mahlfeld ist Sprecher des Ortsverbandes Staßfurt

Siegfried Mahlfeld ist Sprecher des Orts-

Jan Korte - Direktkandidat im Wahlkreis Anhalt

Lothar Boese

Die Wahlkreisversammlung zur Bestimmung des Direktkandidaten der LINKEN im Wahlkreis Anhalt zur Bundestagswahl 2013 fand im Hotel „Stadt Köthen“ in Köthen statt. Der Wahlkreis Anhalt, ein sogenannter geschnittener Wahlkreis, erstreckt sich über den gesamten Landkreis Anhalt-Bitterfeld und über die Regionen Staßfurt und Bernburg des Salzlandkreises. Deshalb mussten sich die beiden beteiligten Kreisverbände im Vorfeld über Termin, Ort, Modus und Delegiertenschlüssel der Versammlung verständigen. Die 50 zu wählenden Vertreter/innen wurden entsprechend der Mitgliederstärke auf die Kreisverbände, Ortsverbände bzw. Basisgruppen aufgeteilt. Von den 50 Gewählten waren 49 erschienen, dazu etwa 25 Gäste, darunter Gregor Gysi, Vorsitzender der Bundestagsfraktion der LINKEN.

Jan Korte, seit 2005 für die PDS bzw. DIE LINKE im Bundestag und 2009 mit 31,6 Prozent Gewinner des Direktmandats im Wahlkreis, hatte schon vor Wochen seine erneute Bewerbung bekannt gegeben. Die beiden Kreisvorstände hatten diese unterstützt. Es sollte die einzige bleiben.



Gratulation vom Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi (Foto: privat)

In seiner Rede ging er auf die Situation in der BRD ein, erläuterte einige seiner politischen Forderungen, gab einen Rückblick auf seine Aktivitäten im Bundestag und im Wahlkreis und benannte seine geplanten Schwerpunkte für die kommende Legislaturperiode.

In der nachfolgenden Aussprache gab es von den Anwesenden nur zustimmende Redebeiträge. Kritische Anfragen wurden nicht gestellt, so dass bald die Bewerberliste abgeschlossen und der Wahlgang erfolgen konnte. Nach dessen Abschluss traf es sich gut, dass

gerade Gregor Gysi eingetroffen war und ohne Verzug seine Rede, die mehrmals durch Beifall unterbrochen wurde, halten konnte. Er polemisierte unter anderem gegen unterschiedlich hohe Tariflöhne in Ost und West, gegen die geplante Stationierung von deutschen Patriot-Raketen in der Türkei an der Grenze zu Syrien und plädierte für Leiharbeit „nach französischem Muster“. In Frankreich erhalten Leiharbeiter 110 Prozent des Tariflohns ihrer Branche.

Große Überraschung und Beifall gab es nach der Verkündung des Wahlergebnisses. Auf den 49 abgegebenen gültigen Stimmzetteln war 49 mal (= 100 Prozent) „ja“ angekreuzt. In seiner Schlussrede bedankte sich Jan Korte für das einmütige Ergebnis, wertete es als Verpflichtung, gemeinsam für die Wiedererringung des Direktmandats zu kämpfen und lud anschließend alle Anwesenden zu einem Fass Bier und kleinen Imbiss in den Keller des Hauses ein.

Erster Landesarmutstag in Sachsen-Anhalt

Ralf-P. Schmidt

Unter dem Motto „Wirtschaft boomt – Armut bleibt“ hatten der AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) am 10. November 2012 in Halle/Saale zum Landesarmutstag Sachsen-Anhalt eingeladen. Auf der Konferenz analysierten Experten, Betroffene, Politiker sowie Interessierte das Thema „Armut“. Neben Fachvorträgen, Arbeitsgruppen gab es auch einen kommunalpolitischen Talk. Hier konnte ich mit den KommunalpolitikerInnen der anderen Parteien in Dialog treten und für DIE LINKE klare Akzente setzen. Überhaupt waren auf der Konferenz viele PolitikerInnen der LINKEN aus Bundestag, Landtag und Kommunalpolitik anzutreffen, so Petra Sitte, Harald Koch und Sven Knöchel, die sich auch in die Diskussion zur Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution einbrachten. So

verabschiedeten die Anwesenden eine an Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik gerichtete Resolution, in der Maßnahmen und Reformen für einen gerechteren Ausgleich zwischen Arm und Reich gefordert werden. Dazu zählten unter anderem Forderungen zur Absicherung im Alter, zur existenzsichernden Grundsicherung sowie zur Chancengerechtigkeit für Kinder.

Die mehr als 100 TeilnehmerInnen des Landesarmutstages mahnten umfassende Reformen für mehr Verteilungsgerechtigkeit an und forderten von der Politik ein sofortiges Gegensteuern und einen gerechten Ausgleich zwischen Arm und Reich. „Wir werden immer mehr zum Armutsland. Arm in einem reichen Land, das dürfen wir nicht zulassen. Das Geld muss durch eine gerechtere Steuer- und Sozialpolitik umverteilt werden. Nur so kann verhindert

werden, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet.“ - waren sich die Anwesenden einig.

Der DGB Landesverbandsvorsitzende Udo Gebhardt verwies in seiner Eröffnungsrede besonders darauf, dass die wachsende Armut mittlerweile „ein gesamtgesellschaftliches Problem“ ist und nur durch ein „gemeinsam abgestimmtes Handeln Alters-, Erwerbs- und Kinderarmut bekämpft werden kann“. Es ist gut, dass DIE LINKE hier im Gespräch präsent ist, sich einmischt! Es bleibt zu hoffen, dass nach der Konferenz Taten folgen, die die Probleme der hier lebenden Menschen aufgreifen und soziale Gerechtigkeit zum Ziel haben. Bis dies geschafft ist, wird es weitere Armutskonferenzen im Land geben.

Ralf-P. Schmidt ist Mitglied im Ortsverband Staßfurt

Rosemarie Hein – Direktkandidatin im Wahlkreis Magdeburg

Christa Beier

Am 24.11.2012 fand eine Mitglieder- versammlung zur Wahl der/des Direktkandidat/in/en für den Wahlkreis 69 statt. Zu diesem Bundestagswahl- kreis gehören die Stadt Magdeburg und der frühere Kreis Schönebeck. Zur Wahl gestellt hatten sich die jetzige Bundestagsabgeordnete Dr. Rosemarie Hein und Oliver Müller vom Stadtverband Magdeburg.

Nach der Konstituierung der Mitglieder- versammlung, hielt die Landtagsabge- ordnete Sabine Dirlich eine Rede zur aktuellen politischen Situation. Sie ging dabei vor allem auf die Wahlstrategie ein und hob hervor, dass DIE LINKE die Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens, der Demokratisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft ist und auch so wahrgenommen wird. Mehr denn je gilt jetzt, dass DIE LINKE ein Angebot an die WählerInnen und nicht an potentielle PartnerInnen macht. Die jetzige Situation ist anders als 2002, wo es vorrangig um einen Regierungs- wechsel ging und wir eigene Fehlein- schätzungen mit einem Rausschmiss aus dem Bundestag bezahlt haben. Trotz eines guten Ergebnisses zur Bun- destagswahl 2009 haben wir Erwartun- gen enttäuscht und Vertrauen verloren



Gratulation vom Stadtvorsitzenden
Torsten Hans (Foto: privat)

und liegen in den Umfragen derzeit bei ca 8%. Wir müssen deshalb um unse- ren Platz kämpfen. Dazu benennt die Wahlstrategie die Schwerpunkte.

In der anschließenden Aussprache äu- ßerten sich viele GenossInnen zu den bevorstehenden Aufgaben und posi- tionierten sich zu den Bewerbern. Die Diskussionen waren teilweise sehr emotional und turbulent. Insgesamt war es jedoch eine sehr vielseitige und interessante Aussprache.

Entsprechend des Zeitplanes fand die Vorstellung der KandidatInnen statt. Zu- nächst äußerte sich Rosemarie Hein. Sie äußerte sich zu ihrer bisherigen Arbeit im Bundestag und ging auf die nächsten Schwerpunkte ein. Arbeit, Bildung, De- mokratie, Gesundheit, Rente und Woh-

nen sind die Themen, auf die sie sich im Wahlkampf konzentrieren will.

Oliver Müller legte sehr forsch seine bisherige Arbeit im Stadtrat Magdeburg dar. Als 40-jähriger junger, dynamischer und nie um ein Wort verlegener Genos- se, wie das ein Unterstützer ausdrückte, sprach er durchaus einen Teil der Mit- glieder an. Das kam auch im Wahler- gebnis zum Ausdruck. Rosemarie Hein erreichte 89, Oliver Müller 54 Stimmen. Damit wurde Genossin Hein mehrheit- lich als Direktkandidatin gewählt.

Der Stadtvorsitzende Torsten Hans war mit der Veranstaltung in der Form einer Mitgliederversammlung und der guten Resonanz zufrieden und begrüßte die Wahl von Rosemarie Hein. Christa Bei- er beendete die Veranstaltung, forderte alle GenossInnen zur aktiven Teilnahme am Wahlkampf auf und mahnte ein faires und solidarisches Miteinander ein.

Christa Beier ist stellvertretende Kreis- vorsitzende und Ortsvorsitzende in Schönebeck

Der Kreisvorstand wertete den Landesparteitag aus

Klaus Magenheimer

Ausgewertet wurde die 3.Tagung des 3. Landesparteitages vom 17. Novem- ber in Halle. Die ausführliche Rede der Landesvorsitzenden fand allgemeine Zustimmung. Mit dem beschlossenen Leitantrag haben die Delegierten ihre Position für die Erarbeitung des Wahlpro- gramms für die Bundestagswahl erklärt. Das dort ebenfalls beschlossene Per- sonal- und Mitgliederentwicklungspro- gram wird Tagesordnungspunkt einer künftigen Vorstandssitzung sein.

Informiert wurde über die Teilnahme an Veranstaltungen zum Gedenken an die Reichspogromnacht. Mehrmals war der Ortsverband Saale - Wip- per schon Ausrichter einer solchen

Gedenkveranstaltung. Auch in Staß- furt und Schönebeck beteiligten wir uns an den Zusammenkünften.

Die langfristige Vorbereitung der Staß- furter Stadtratssitzung mit den brisan- ten Themen Biogasanlage und Neuaus- richtung der Wohnungs- und Bauge- sellschaft wurde dargestellt.

Der von der Schatzmeisterin eingebrach- te Entwurf des Finanzplanes 2013 wurde unter Vorbehalt bestätigt. Ein Vergleich zum Vorjahr ist noch beizufügen.

Schon jetzt wurden für die 1. Maiver- anstaltung auf dem Bierer Berg die erforderlichen finanziellen Mittel in Höhe von 1000 Euro bestätigt.

Das Protokoll der Prüfung der Finanz-

revisionskommission wurde im vollstän- digen Wortlaut zustimmend zur Kennt- nis genommen. Ein Schwerpunkt bleibt weiterhin der unterschiedliche Umgang beim Erbringen der Mandatsträgerbei- träge.

Es wurde aufgeschlüsselt nach den ein- zelnen Regionen eine erste Bestellung für Kleinwerbemittel zur Bundestages- wahl 2013 zusammengetragen.

Hervorgehoben wurde die Notwendig- keit einer gesonderten Sammelaktion zur Finanzierung unserer Zeitung.

Klaus Magenheimer ist stellvertretender Kreisvorsitzender

Stadtratsfraktion DIE LINKE Bernburg (Saale) – eine Zwischenbilanz

Udo Riedel

Die Kommunalwahlen 2009 brachten der Fraktion der LINKEN im Bernburger Stadtrat ein gutes Ergebnis, aber nicht so gut wie erhofft. Mit neun Stadträtinnen und Stadträten konnten wir als zweitstärkste Fraktion in den Bernburger Stadtrat einziehen, hatten aber leider einen Sitz weniger als in der vorangegangenen Legislaturperiode. Sicher kann man im Nachhinein viel darüber spekulieren, wo die Gründe dafür liegen. Ein Grund war auf jeden Fall die geringe Wahlbeteiligung – immer weniger Bürger/innen nehmen ihr Wahlrecht wahr und mittlerweile hat auch DIE LINKE das Problem, ihre eigene Wählerklientel zur Stimmabgabe zu motivieren.

Ein wesentlicher Punkt linker Wahlkampfziele wurde allerdings verfehlt: Wir konnten nicht verhindern, dass die rechtsextreme NPD ein Mandat im Bernburger Stadtrat errang. Allerdings merkt man von der Anwesenheit dieses Stadtrates nichts – in der gesamten Wahlperiode noch nicht ein einziger Redebeitrag, geschweige denn ein Antrag! Man kann schon den Eindruck gewinnen, dass das Mandat hier lediglich als Weg des Abgreifens öffentlicher Gelder gesehen wird, denn immerhin ist der Vertreter der NPD so häufig da, dass auch er übers Jahr wohl einen vierstelligen Betrag als Aufwandsentschädigung kassiert haben dürfte.

Unsere Fraktion ging motiviert an die politischen Herausforderungen der neuen Wahlperiode heran. Auch wenn eins von vornherein klar war: Aufgrund der politischen Mehrheitsverhältnisse im Bernburger Stadtrat zu Gunsten von CDU und FDP würde es immer schwer sein, eigene politische Initiativen durchzubringen! Aber das sind wir als LINKE ja auf allen Ebenen gewöhnt, und insofern haben wir uns politische Ausdauer antrainiert – steter Tropfen höhlt den Stein!

Zu Beginn der Wahlperiode lag unser Hauptaugenmerk auf sozialen Fragen. Mit einer Reihe von Anfragen wollten wir zum einen den Finger in „offene Wunden“ legen, zum anderen aber auch den

genauen Stand zu bestimmten Fragen in der Stadt klären. Dies betraf zum Beispiel die Situation von Ermäßigungen für kulturelle und sportliche Angebote der Stadt bzw. der stadt eigenen Gesellschaften sowie der Stand hinsichtlich der sogenannten „Freitische“ an den Bildungseinrichtungen der Stadt.

Unsere Fraktion stellt in jedem der Fachausschüsse des Stadtrates 2 Mitglieder und ist darüber hinaus in den Aufsichtsräten der Stadtwerke Bernburg GmbH, der Wohnstätten GmbH und der Bernburger Freizeit GmbH vertreten. Die Fraktionsspitze besteht aus dem Vorsitzenden Udo Riedel und Angelika Trenchsch als stellvertretende Vorsitzende.

Eine bedeutende Änderung in der Arbeit des Bernburger Stadtrates brachte die Gemeindegebietsreform mit der Eingemeindung der bis dahin selbstständigen Gemeinden Preußlitz, Gröna, Biendorf, Wohlsdorf, Poley, Baalberge und Peißen. Aufgrund der gesetzlichen Übergangsbestimmungen ist es nämlich so, dass bis zur nächsten Kommunalwahl bei der dann ein Rat durch alle Bürger/innen bestimmt wird, jede bisher eigenständige Gemeinde einen Vertreter in den Bernburger Stadtrat entsenden kann. Der Bernburger Stadtrat wuchs um 7 Mitglieder. Von ihnen schloss sich lediglich Hans-Jürgen Berg aus Peißen unserer Fraktion an, alle anderen traten der CDU-Fraktion bei. Damit wuchs die CDU-Fraktion von bisher 13 Mandatsträgern auf 19 an. Zusammen mit den 6 Fraktionsmitgliedern der FDP also 25 Stadträte in einem Rat mit insgesamt 47 Stadträtinnen und Stadträten plus den Oberbürgermeister Henry Schütze, welcher zumindest über ein „CDU-Ticket“ die Oberbürgermeisterwahlen 2007 gewann.

Damit sind die Mehrheitsverhältnisse im Bernburger Stadtrat leider endgültig zementiert worden.

Unabhängig davon versuchten wir weiterhin, im Stadtrat Schwerpunkte zu setzen. Auch unter sich verschlechternden Rahmenbedingungen. So gab es z.B. plötzlich keine Fraktionsräume mehr,

weil dem übernommenen Personal aus den Gemeinden Arbeitsräume zur Verfügung gestellt werden mussten. Dies erschwerte unsere Arbeit deutlich. Mit einem Antrag auf Abänderung dieses Zustandes haben wir uns jetzt erneut an die Stadtverwaltung gewandt.

Leider ist es uns auch in dieser Legislaturperiode nicht gelungen, alle sachkundigen Einwohner dauerhaft in die Arbeit der Fraktion einzubinden. Teils aus persönlichen Gründen, aber sicher auch zum Teil den Arbeitsmöglichkeiten innerhalb der Fraktion und der Ausschüsse geschuldet, hat sich zwischenzeitlich schon der eine und andere sachkundige Einwohner aus der Fraktionsmitarbeit zurückgezogen.

Auch ein Mehr an Zusammenarbeit zwischen Stadtratsfraktion und Ortsverband oder Kreistagsfraktion wird öfter angemahnt, und hier sehe ich persönlich – neben einer häufigeren Präsenz in den Ortsteilen – die Schwerpunkte unserer organisatorischen Arbeit für den Rest der Wahlperiode.

Inhaltlich haben wir gerade ein neues Kapitel aufgeschlagen mit unserem Antrag zur Entwicklung eines Energiekonzeptes für unsere Stadt, welcher am 13. Dezember im Stadtrat zur Abstimmung steht. Mit diesem Antrag wollen wir erreichen, dass bei der Stadt eine Arbeitsgruppe eingerichtet wird, um einen Plan zu erarbeiten, wie die Kommune einen eigenen Beitrag zur Energiewende leisten könnte. Besonderer Dank gebührt an dieser Stelle unserem Fraktionsmitglied Carsten Marx, welcher wesentlich diesen Antrag vorbereitet hat. Wir hoffen, dass sich für diesen Antrag, bei dem wir bundesweit und auch in Sachsen-Anhalt keineswegs die erste Kommune wären, eine Mehrheit im Stadtrat finden wird.

Udo Riedel ist Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Bernburg

Aus dem Stadtrat Güsten berichtet

Ernst-Hermann Brink

Ein lange im Stadtrat und seinen Gremien diskutierter Beschluss war die Neufassung der Friedhofsgebührensatzung. Durch die Forderung der Kommunalaufsicht kostendeckende Gebühren zu erheben, gab es hier Steigerungen von 50% bis 100%. Da erhält der Ausspruch von den teuren Toten eine ganz andere Bedeutung.

Danach wurden Straßenumbenennungen in der Stadt Güsten und im Ortsteil Amesdorf beschlossen. Hierdurch sollen Doppelungen vermieden werden. Dies ist auch wichtig, damit bei Rettungseinsätzen keine wertvolle Zeit verloren geht.

Dann mußte der Stadtrat Brink den Bürgermeister Zander mal wieder auf die

Einhaltung der im Eingemeindungsvertrag gemachten Zusagen hinweisen. Der Bürgermeister beabsichtigt, die Gebäude Kirchstraße 9 in Amesdorf (Gemeindebüro) und Oberland 68 in Warmsdorf (Kindertagesstätte) zu verkaufen. Bisher gibt es dazu keinen Stadtratsbeschuß. In beiden Gebäuden befanden sich immer die Wahlbüros. Müssen jetzt alle Bürger nach Güsten wählen gehen? Außerdem konnten Vereine und Organisationen die Räumlichkeiten in der Kirchstraße 9 immer nutzen. Die Frage ist nun: Will die Stadt Güsten in Person des Bürgermeisters das bisschen Vereinsleben in den Orsteilen platt machen? Der Güstener Bürgermeister hat vor 3 Jahren diesen Vertrag mit Amesdorf unterschrie-

ben. Was gilt davon noch? Er sagte, das Geld aus den Verkäufen wird für die Planungsleistungen der Siedlung in Amesdorf benötigt. Dieser Straßenausbau war auch eine bei der Eingemeindung gemachte Zusage der Stadt Güsten.

Danach zeigte Herr Conrad aus Bernburg der Stadt Güsten, wie eine bessere Vermarktung der Gewerbegebiete und eine nachhaltige Förderung der Wirtschaft aussehen müssen. Es gilt, durch bessere Pressearbeit sowie Unternehmerstamm-tische und andere Initiativen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die derzeitige Situation der Stadt zu verbessern.

Ernst-Hermann Brink ist Mitglied im Stadtrat Güsten

Biogaslobby war nicht erfolgreich

Zur Tagung des Staßfurter Stadtrates

Klaus Magenheimer

Die Tagesordnung der Sitzung am 29. November versprach im öffentlichen, aber auch im nichtöffentlichen Teil spannend zu werden.

Seit Monaten wurde über den beabsichtigten Bau einer Biogasanlage im Gewerbegebiet Nord-Ost sehr emotional öffentlich diskutiert. Die Befürworter sahen mit einer solchen umstrittenen Auslastung des Gewerbegebiets einen nicht unerheblichen Geldfluss für die Stadt und die Schaffung von einigen Arbeitsplätzen.

Die Gegner fürchten die Belastungen für ihre Gesundheit, Geruchsbelästigung, die Entwertung ihrer Anwesen wegen der geringen Entfernung ihrer neu gebauten Häuser zur beabsichtigten Anlage.

Sie gründeten eine Bürgerinitiative, die von unserer Partei unterstützt wurde.

Gründe für die ablehnende Haltung der Staßfurter Fraktionsmitglieder waren aber auch die Beabsichtigung der massenhaften Vergärung von Mais. Dieser kostbare Bördeboden soll unserer Auffassung nach für die Ernährungsproduktion zur Verfügung stehen und

nicht durch Monokultur und Reststoffe zerstört werden. Sie fanden es als ethisch verwerflich, dass Lebensmittel verbrannt werden und auf der Welt Menschen verhungern. Eine Unterschriftenaktion und Diskussionsveranstaltungen versuchten klare ablehnende Standpunkte zu formulieren.

Partei übergreifend wurde für den Stadtrat ein Grundsatzbeschluss zur Ablehnung einer solchen Anlage erarbeitet und am 29.11. nochmals zur Abstimmung auf die Tagesordnung gesetzt. In einer namentlichen Abstimmung sprachen sich 20 Stadträte, davon allein 9 von 10 anwesenden Mitgliedern aus unserer Fraktion, für den Grundsatzbeschluss und somit für die Ablehnung einer solchen Anlage aus. Gemeinsam mit dem parteilosen Oberbürgermeister stimmten 7 von 10 anwesenden Stadträten der CDU, fast alle Mitglieder der SPD/Grüne – Fraktion für diese Anlage, die zu 60 % mit Mais betrieben werden soll.

Der Oberbürgermeister erwägt, nach dem Vorbild des beim Klinikverkauf gescheiterten Landrates Gerstner, Widerspruch gegen die Entscheidung des

Stadtrates einzulegen.

Schon längere Zeit im nichtöffentlichen Raum gehalten, sollte nun ein vom Oberbürgermeister eingebrachter Grundsatzbeschluss zur Neuausrichtung der Wohnungs- und Baugesellschaft auf den Weg gebracht werden. Verbunden war damit eine nachträgliche Zustimmung zu einem Vertrag mit einer Münchner Immobilienmaklergesellschaft, die auch eine Privatisierungschance ausloten sollte. Da in den Ausschüssen eine Ablehnung für den Stadtrat signalisiert wurde, hat der OB zu Beginn der Sitzung diese Vorlage zurückgezogen. Er wollte sicher nicht noch eine weitere Niederlage riskieren.

Für unsere Fraktion wird es in der kommenden Zeit darauf ankommen, an Lösungen mitzuwirken, die eine Stärkung und Sicherung unserer kommunalen Gesellschaft ermöglichen. Signale aus anderen Gegenden machen uns wachsam gegenüber unseligen Wohnungsprivatisierungen.

Klaus Magenheimer ist Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Staßfurt

Gedenken an die Reichspogromnacht

Ernst-Hermann Brink

Anlässlich des 74. Jahrestages der Reichspogromnacht rief der Ortsverband der LINKEN Saale-Wipper am 9. November wieder zum Gedenken auf dem Jüdischen Friedhof in Güsten auf. In seiner Ansprache mahnte der evangelische Pfarrer Arne Tesdorff, wachsam zu sein. Er sprach über drei Gedanken, die ihm an einem solchen Tag durch den Kopf gehen:

Zum ersten „...die unglaubliche Schnelligkeit, mit der das Monster seine Opfer verschlang. Die Nazis haben 1933 die Macht ergriffen. Das heißt, dass nur fünf Jahre danach dieses Pogrom stattfand. Fünf Jahre sind eine historisch sehr kurze Zeit! Wie konnte es in so kurzer Zeit dazu kommen?“ Nach Tesdorffs Ansicht gab es schon vorher einen latenten Antisemitismus, eine kleinbürgerliche Fremdenfeindlichkeit und eine sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts ausbreitenden Rassentheorie, die später zur Ideologie wurde. „Mal hier am Stammtisch ein kleiner Witz über die Juden, mal da eine Schmiererei an der Synagoge und bereits 1923 in Berlin das Scheunentor-Pogrom, bei dem sich die Polizei auffällig zurückhielt.“ In seiner weiteren Ausführung machte er auf den Umstand aufmerksam, dass fast auf den Tag genau vor einem Jahr offenbar wurde, dass es in Mitteldeutschland eine Neonazi-Terror-Zelle gab. „Hier mal ein Türkenwitz oder eine Hakenkreuzschmiererei und die Meinung an den Stammtischen, dass uns die „Neger“ die Arbeit wegnehmen. Ich will weder den Behörden eine Nähe zur Nazi-Ideologie unterstellen, noch den Teufel an die Wand malen: aber gewisse Parallelen drängen sich geradezu auf zwischen heute und der Weimarer Zeit...“ führte Pfarrer Tesdorff weiter aus.

In seinem zweiten Gedankengang ging es um die Frage nach den Tätern, den Nazis. „Aber die kamen ja nicht vom Mars. Die sind gewählt worden! Die NSDAP war bei beiden Reichstagswahlen 1932 stärkste Kraft. Die sind gewählt worden von meinem Großvater, der selber NSDAP-Mitglied war, und sind gewählt



Pfarrer Arne Tesdorff hielt die Ansprache zum Gedenken an die Reichspogromnacht (Foto: privat)

worden von Ihren Eltern und Großeltern - nicht von allen, aber von zu vielen! Die ganzen Ausschreitungen, die ganzen zerbrochenen Scheiben, die verprügelten Menschen: das war doch nicht das Werk von einer kleinen, durchgedrehten Minderheit. Darunter waren treusorgende Familienväter, Postbeamte, Arbeitslose und der Nachbar. Und dann noch ein Großteil derer, die hinter den Vorhängen zugeschaut haben oder wegsahen. So wie in Rostock im Sommer 1992, vor 20 Jahren. Auch ein trauriges Jubiläum. Und mir stellt sich die Frage: Wie hätte ich mich verhalten in solch einer Situation? 1938, 1992? Wäre ich damals eingeschritten? Hätte ich Juden bei mir versteckt, auf die Gefahr hin, selbst ins KZ zu kommen? Ich weiß es nicht.“

Als drittes stellte der Pfarrer die tiefgreifende Frage nach dem Widerstand und führte dazu folgendes aus: Nicht jeder ist zum Widerstandskämpfer geboren. Nicht jeder ist ein Held. Aber die Geschichte lehrt mich: auf die Dauer wegzusehen kann in die Katastrophe führen. Es reicht nicht, auf die unfähigen Behörden zu schimpfen - auf die habe ich nur wenig oder keinen Einfluss. Es reicht nicht, auf irgendwelche Sonntagsreden von Politikern zu hoffen, wenn es wieder mal um Integration oder Rassismus geht. Wenn es um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit geht, ist mein Handeln gefragt - ist unser Handeln gefragt - das sind wir den Opfern schuldig, derer wir heute gedenken. Und das müssen eben nicht die großen Heldentaten sein, sondern das Kleine, das in meiner Macht steht und das

ich mir zutraue. Zum Beispiel nicht den Mund zu halten, wenn jemand rassistische Bemerkungen macht. Die Erinnerung wachzuhalten an die dunkelste Zeit unserer deutschen Geschichte - gemeinsam mit Ihnen und Anderen. Und wachsam zu sein - dass sich so etwas niemals wiederholen kann und darf.

Zum Abschluss seiner Rede las der Pfarrer noch nach jüdischem Brauch das Kaddisch - das jüdische Totengedenken.

Der Ortsvorstand der LINKEN in Saale-Wipper dankte Arne Tesdorff für seine mahnenden Worte.

Ernst-Hermann Brink ist Vorsitzender des Ortsverbandes DIE LINKE Saale-Wipper

Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Dezember
recht herzlich

zum 92. Geburtstag
Willi Krüger

Zum 90. Geburtstag
Fritz Sommer

Zum 89. Geburtstag
Beate Köthe

Zum 87. Geburtstag
Sigrid Schumann

Zum 86. Geburtstag
Annelise Freist
Gerda Wesemann
Egon Köplin

Zum 84. Geburtstag
Rosel Otto

Zum 82. Geburtstag
Brigitte Wagenführ

Zum 80. Geburtstag
Franz Walter

Zum 75. Geburtstag
Gerhard Hanel

Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im Dezember
Geburtstag haben



**DIE LINKE Aschersleben vor Ort
im Gespräch**

Am 13. Dezember um 10 Uhr auf
dem Holzmarkt in Aschersleben.

**Wir wünschen allen Leserinnen
und Lesern ein friedliches und er-
holsames Weihnachtsfest sowie
ein gesundes und erfolgreiches
neues Jahr.**

Kreisvorstand DIE LINKE
Redaktion DLZ

**Für ein soziales, demokratisches
und friedliches Europa**

Vortrag und Diskussion mit
MdEP Prof. Dr. Lothar Bisky
am Mittwoch, dem 13.02.2013, um
18 Uhr im Metropol, Schloßstraße in
Bernburg

Der Kreisvorstand

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am
19.12.2012 um 18 Uhr im Fraktions-
büro Staßfurt (Grenzstraße 11).

**Zeitungslektüre im Bürgerbüro
Bernburg**

Im Bernburger Bürgerbüro von Birke
Bull und Jan Korte (Kleine Wilhelm-
straße 2b) gibt es von Montag bis
Freitag immer die neuesten Aus-
gaben von Mitteldeutscher Zeitung
und neues deutschland. Wir bieten
allen Interessenten ohne eigenes
Abo an, bei uns zur Zeitungslektüre
vorbeizuschauen. Wir freuen uns,
von Montag bis Freitag während der
Öffnungszeiten des Bürgerbüros
(siehe rechte Spalte) auf Sie.

Einsendeschluss für die nächste
DLZ ist der 14. Januar 2013 und
Redaktionsschluss war der 26. No-
vember 2012

Nachruf

Wir trauern um unseren Genossen
Oberstudienrat
Dr. päd. Fritz Blume,
Verdienter Lehrer des Volkes.
Als Junglehrer war er nach dem
Krieg maßgeblich am Aufbau des
Schulwesens in der DDR beteiligt.
Wir werden sein Andenken stets
bewahren.
OV Aschersleben

Nachruf



In stiller Anteilnahme
Gerhard Seltitz
BO Staßfurt
Kreisvorstand

Beratung der Kreistagsfraktion

Die Kreistagsfraktion trifft sich
wieder am 10.12.2012 um 18 Uhr
im Fraktionsbüro Staßfurt (Grenz-
straße 11).

**Öffnungszeiten Bürgerbüro Birke
Bull und Jan Korte**

Mo, Mi, und Do 9 Uhr bis 15 Uhr
Di: 13 Uhr bis 18 Uhr
Fr: 9 Uhr bis 12 Uhr

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:
Kreisvorstand DIE LINKE.
Salzlandkreis
Tel.: 03471/310492
Mail: dielinke-salzlandkreis@t-on-
line.de
06391 Bernburg, PF 1104
Redaktion :
Friedrich Schütz (V.i.S.d.P),
Joachim Redmann,
Klaus Magenheimer,
Jörg Lemmert

Bei nicht vereinbarten und nach Redakti-
onsschluss eingegangenen Artikeln kann
die Veröffentlichung nicht garantiert werden.